

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Sozial - Gerech - Jetzt

Der Landtag möge beschließen:

- I. Der Landtag nimmt aktuelle bundesweite Diskussionen und Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit zustimmend zur Kenntnis. Nach Auffassung des Landtages besteht hier seit vielen Jahren ein dringender Handlungsbedarf.
- II. Die Landesregierung wird aufgefordert, auf Bundes- und Landesebene umgehend alle Maßnahmen zu unterstützen bzw. eigene Maßnahmen zu initiieren, die auf eine Stärkung der sozialen Gerechtigkeit ausgerichtet sind.

Hierzu zählen nach Auffassung des Landtages insbesondere

1. gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen sowie zwischen Ost und West muss schnellstmöglich beendet werden,
2. eine gebührenfreie Bildung von der Kindertagesstätte bis zum Studium, auch bei Berufsausbildungs- und Meisterkursen,
3. ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Schulen,
4. die Unterstützung der Länder durch den Bund bei der Schulsozialarbeit,
5. eine staatliche geförderte Familienarbeitszeit, um Eltern durch kürzere Arbeitszeiten zu entlasten,
6. die Abschaffung von Befristungen von Arbeitnehmerverträgen ohne Sachgrund sowie die Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit,
7. die sofortige Angleichung des Rentenwerts Ost an das Westniveau, denn die Lebensleistung in Ost und West muss endlich in gleicher Weise anerkannt werden.

III. Diese Maßnahmen werden zu notwendigen Mehrausgaben führen. Deshalb müssen hohe und höchste Vermögen endlich angemessen besteuert werden. Bei einer sozial gerechten Steuerpolitik sind die Mehrausgaben ohne Weiteres zu finanzieren.

Simone Oldenburg und Fraktion